

Engagement gegen das Vergessen

Gemeinsam wird in Bremen seit 20 Jahren mit Stolpersteinen an NS-Verfolgte wie Lieselotte Eilers erinnert: Als zivilgesellschaftliches Bündnis macht der Initiativkreis Stolpersteine Bremen sichtbar, wo Menschenrechte mit Füßen getreten worden sind. Der runde Geburtstag, am Dienstagabend im Haus der Bürgerschaft mit Reden, Vorträgen, einer Lesung, Chorgesang und Instrumentalmusik gefeiert, war eine weitere Demonstration für die Demokratie und den sozialen Frieden. Fast 800 Stolpersteine sind seit 2004 in Bremen verlegt worden, häufig gemeinsam mit dem Künstler Gunter Demnig, der das internationale Gedenkprojekt 1992 gestartet hatte. Mittlerweile ist in sieben biografischen Büchern und auf der Website der Initiative nachzulesen, was Bremer unter anderem wegen ihrer jüdischen Abstammung, ihrer antifaschistischen oder pazifistischen Überzeugung, als Sinti oder Roma, als geistig oder körperlich Behinderte in der NS-Zeit erlitten haben.

TEXT: MF/FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Senat stimmt Bebauungsplan für Hachez-Quartier zu

VON REGINA KONRADI

Bremen. Der Senat hat am Dienstag den neuen Bebauungsplan (B-Plan) für das Hachez-Quartier in der Bremer Neustadt verabschiedet. Wie mehrfach berichtet, soll an der Westerstraße eine Mischung aus Gewerbe, Wohnraum, öffentlichen Einrichtungen und kulturellen Angeboten entstehen. Für den Bebauungsplan fehlt nun noch die Zustimmung der Stadtbürgerschaft.

Der städtebauliche Entwurf des Architekturbüros Cobe aus Kopenhagen sieht eine Blockrandbebauung mit zwei Innenhöfen vor. Dabei werden historische Gebäude der ehemaligen Schokoladenfabrik als Identitätsstiftende Elemente in die neue Struktur integriert. Ein besonderes Augenmerk liegt laut Baureisort auf der ökologischen Aufwertung des Areals, mit Maßnahmen wie der Begrünung von Freiflächen, der Minimierung von CO₂-Emissionen und einem klimangepassten Umgang mit Regenwasser. Die Planung sieht zudem eine Reduzierung des Autoverkehrs zugunsten von Fußgängern sowie Radfahrern vor.

Ortsamt und Schule sind integriert

Das Herzstück des neuen Quartiers werden etwa 155 Wohnungen sein, wovon 30 Prozent öffentlich gefördert werden sollen. Gewerbliche, soziale und kulturelle Nutzungen sollen ebenfalls ihren Platz im Hachez-Quartier finden. Weitere geplante Einrichtungen umfassen eine Kindertagesstätte, einen Supermarkt, das Ortsamt Neustadt/Woltmershausen, soziale Einrichtungen sowie neue Räumlichkeiten für die Oberschule am Leibnizplatz.

IM FEBRUAR

Schwimmbäder planen Veranstaltungen

Bremen. In den Bremer Schwimmbädern finden im Februar mehrere Veranstaltungen statt. Geplant ist laut einer Mitteilung der Bremer Bäder unter anderem eine Poolparty im Horner Bad am am Sonnabend, 3. Februar, von 14 bis 17 Uhr. Eine weitere Poolparty können Besucher demnach am gleichen Tag von 12.30 bis 15.30 Uhr im OTe-Bad erleben. Am 11. Februar findet ein Familientag im Schloßparkbad statt. Kinder können an diesem Tag ihre Schwimmabzeichen machen, ohne dass eine Abnahmegebühr anfällt – es entstehen nur Kosten für den Aufnäher und den Ausweis. Sauna-Thementage sind für den 14. Februar im Freizeitbad Vegesack sowie für den 28. Februar in Huchting geplant. Alle Informationen, auch zu veränderten Öffnungszeiten in den Schulferien, sind auf der Webseite www.bremer-baeder.de zu finden.

FEW

GLOBALE ENTWICKLUNG

Schulwettbewerb für eine gerechtere Welt

Bremen. Bis zum 6. März 2024 können sich Bremer Schülerinnen und Schüler am Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „Globaler Kurswechsel: Sei du selbst die Veränderung!“ beteiligen. Sie sollen in Teams, die aus mindestens zwei Personen bestehen müssen, als Klassen oder Schulgemeinschaft ihre innovativen Ideen für eine gerechtere Welt bei der Gesellschaft Engagement Global einreichen. Sie führt den Wettbewerb im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durch. Die Beiträge können als Texte, Fotos, Filme, Kunstwerke, Musikstücke, Plakate, Theateraufführungen oder digitale Arbeiten eingereicht werden. Es gibt Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro zu gewinnen, darunter Schulpreise zu je 5000 Euro. Mehr Infos im Internet unter www.ei-neweltfueralle.de.

RJK

EMPFANG IM RATHAUS

Auftakt zum neuen Wissenschaftsjahr

Bremen. Im Bremer Rathaus hat am Montag der traditionelle Neujahrsempfang des Vereins Unifreunde stattgefunden. Ausgerichtet wird er für die Universität Bremen und die Constructor University (ehemals Jacobs University). Nach Angaben der Uni Bremen waren rund 300 Gäste aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft geladen. Rektorin Jutta Günther verwies demnach in ihrer Rede auf die Erfolge der Universität des vergangenen Jahres. Auch die aktuellen Krisen waren laut Mitteilung Thema. Angesichts des Rechtsrucks in Deutschland sei es notwendiger denn je, sich als Universität klar zu positionieren, so Günther. Begrüßt wurden bei dem Empfang auch 25 neue Professoren und Professorinnen.

FEW

200 Blüten aus dem Verkehr gezogen

Um welche falschen Geldscheine es sich handelt und vor welchen Betrugsmaschinen die Bundesbank warnt

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN
UND FRIEDERIKE MARX

Bremen. Schmuck, Uhr oder Auto sind verkauft – doch statt der vereinbarten Summe sitzen die Verkäufer auf Falschgeld. Kriminelle haben arglosen Besitzern von Luxuswaren im vergangenen Jahr in mehreren Fällen in großem Stil Euro-Blüten untergejubelt. Das trieb die Falschgeldzahlen in Deutschland und Europa nach oben.

Hierzulande zogen Polizei, Handel und Banken nach Angaben der Bundesbank knapp 56.600 falsche Euro-Scheine aus dem Verkehr. Das waren gut 28 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. „Der Anstieg der Falschgeldzahlen liegt in wenigen größeren Betrugsfällen vor allem mit gefälschten 200- und 500-Euro-Banknoten begründet“, erläuterte Bundesbank-Vorstand Burkhard Balz. 8763 gefälschte 200er wurden nach Angaben der Bundesbank sichergestellt, ein Jahr zuvor waren es 2396. Die Zahl der 500-Euro-Fälschungen erhöhte sich von 989 auf 2641 Stück.

In den Filialen der Sparkasse Bremen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 200 gefälschte Scheine aus dem Verkehr gezogen. Darunter waren zehn gefälschte 500er-Scheine, wie Sprecherin Nicola Oppermann mitteilte. Alle „Blüten“ wurden von den Beschäftigten des Geldhauses erkannt. Die Scheine stammen von Kunden, da die Sparkasse von Nichtkunden kein Geld annimmt.

„Dies passiert natürlich in den allermeisten Fällen unbewusst“, ergänzte Oppermann. Das Falschgeld tauchte immer dann auf, wenn Geschäftskunden etwas einzahlen wollten – überwiegend in bargeldlastigen Branchen. Dazu gehört zum Beispiel der Automarkt, auf dem ein Teil der Fahrzeuge durchaus weiterhin bar bezahlt wird, wie die Bundesbank mitteilt.

Automaten erkennen falsche Scheine

Die Oldenburgische Landesbank (OLB) konnte in ihren Filialen und an den Geldautomaten zumindest kein erhöhtes Aufkommen an Falschgeld feststellen. „Eher im Gegenteil: Nehmen wir allein die Geldautomaten. Hier werden pro Monat im Durchschnitt 20 von den Automaten als vermeintlich gefälscht erkannte Geldscheine eingezogen, im Monat Januar war es aber beispielsweise nur etwa ein Dutzend“, sagte OLB-Sprecher Timo Cyriacks. Später, bei der detaillierten Prüfung durch die Bundesbank, stellen sich laut OLB nicht wenige der aussortierten Geldscheine doch als echt heraus.

Die Bank stellte in der vergangenen Sommersaison allerdings auf den Ostfriesischen Inseln ein leicht erhöhtes Falschgeldaufkommen fest. „Aktuell aber erleben wir, wie eingangs erwähnt, mit unseren Kunden und an unseren Standorten solche Vorfälle nicht“, fügte der OLB-Sprecher an.

Wenn ein verdächtiger Geldschein auf-

taucht, erfolgt bei der Sparkasse Bremen und bei der OLB in etwa der gleiche Ablauf: Die Daten des Kunden werden erfasst, dann geht die mutmaßliche „Blüte“ an die Bundesbank-Filiale in Oldenburg. Sofern sich der Verdacht als haltlos erweist, erfolgt an den Einzahler eine Gutschrift über den entsprechenden Betrag. Handelt es sich tatsächlich um eine Fälschung, geht die Angelegenheit an die Polizei. In diesem Fall erhält der Kunde keine Gutschrift, auch nicht, wenn er offensichtlich unverschuldet in den Besitz gelangt ist. „Ansonsten würde man

ja eine Chance kreieren, gefälschtes Geld in echtes Geld „umzutauschen“, gibt OLB-Sprecher Cyriacks zu bedenken.

Was die 500-Euro-Scheine angeht: Die Produktion dieser Banknoten wurde zwar 2019 eingestellt. Die im Umlauf befindlichen lilafarbenen Scheine sind aber weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel. Die Schadenssumme stieg vor allem in Folge der gut ein Dutzend Betrugsfälle mit großen Beträgen demnach überdurchschnittlich um knapp 90 Prozent auf 5,1 Millionen Euro.

Falschgeld vor allem bei Luxuswaren

Kriminelle setzen bei ihren Betrügereien auf einen einfachen Trick: Sie zeigen den Verkäufern von Luxuswaren erst Taschen voller echter Scheine und tauschen diese dann in einem unbeobachteten Moment gegen Taschen mit Falschgeld aus. Betroffene haben doppelt Pech: Die wertvolle Ware ist weg, das Falschgeld wird nicht erstattet.

Dennoch beruhigt Bundesbank-Vorstand Balz: „Trotz der deutlich höheren Zahl an Fälschungen ist das Risiko für Normalbürger, mit Falschgeld in Berührung zu kommen, nach wie vor gering.“ Im Schnitt entfielen nach Berechnungen der Bundesbank im Jahr 2023 in Deutschland sieben falsche Banknoten auf 10.000 Einwohner. „Die Zahlen sind weit weg vom Allzeithoch des Jahres 2015“, ordnete Balz ein. „Dabei haben wir eine große Masse an gefälschten Banknoten von sehr niedriger Qualität.“



Zu den Blüten zählten 50-Euro-Scheine, aber auch zehn 500-Euro-Scheine. FOTO: GABBERT/DPA

Finanzgipfel geht in die Verlängerung

Erstes Abtasten von Senat und CDU bei Spitzengespräch über die Haushaltspolitik

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Der Finanzgipfel von Senat und CDU im Rathaus – er scheint keine vertane Zeit gewesen zu sein. Rund anderthalb Stunden haben Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), Finanzsenator Björn Fecker (Grüne), Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) für die Koalition sowie die CDU-

Spitzen Heiko Strohmann, Frank Imhoff und Jens Eckhoff am Dienstag zusammengesessen, um über gemeinsame Ansätze in der Haushaltspolitik zu beraten.

Die Teilnehmer vereinbarten Stillschweigen über mögliche Zwischenergebnisse. Auch inoffiziell gab es nur spärliche Auskünfte. Von einem ersten Abtasten war die hinterher die Rede, von einer Verständigung

über die weiteren Gesprächsgrundlagen und die finanziellen Rahmendaten für den Haushalt 2024/25. Auch ein Anschlusstermin für Februar wurde vereinbart. Anders gesagt: Man ist zumindest nicht im Streit auseinandergegangen.

Der Senat hatte der CDU das Gesprächsangebot unterbreitet, weil Einnahmen und Ausgaben für das laufende Jahr und absehbar auch für die nächsten Jahre weit auseinanderklaffen. Zudem war der rot-grünen Koalition infolge eines Verfassungsgerichtsurteils ein wichtiges Finanzierungsinstrument für mittelfristige Klimaschutzprojekte weggebrochen. Anlass genug also, um Chancen für eine Verständigung mit der Opposition auszuloten.

Hintergrund: Der Senat sieht zumindest für 2024 keine andere Möglichkeit, als durch die Bürgerschaft eine außergewöhnliche Notlage ausrufen zu lassen. Eine solche Erklärung würde das prinzipielle Verbot einer Neuverschuldung zeitweilig außer Kraft setzen. Die CDU könnte allerdings – weil sie in der Bürgerschaft über eine ausreichende Zahl an Mandaten verfügt – gerichtlich gegen die Begründung einer solchen Notlagenklärung vorgehen. Dies abzuwenden, ist

eines der Ziele, das der Senat bei den Gesprächen mit der Union verfolgt.

Wenige Tage vor dem Treffen im Rathaus hatte die Koalition in einer internen Vorbesprechung die finanziellen Bedarfe addiert, die aus ihrer Sicht für 2024 über eine Notlagenklärung abgesichert werden müssten. Es geht um rund 261 Millionen Euro im Haushalt des Landes und 113 Millionen Euro im Kommunalhaushalt. Zum Vergleich: Der gesamte Landeshaushalt wird 2024 voraussichtlich einen Umfang von rund 5,9 Milliarden Euro haben, der Etat der Stadt liegt bei etwa 3,6 Milliarden Euro.

Gebraucht werden die dreistelligen Millionenbeträge unter anderem für den Verlustausgleich bei der Bremer Straßenbahn AG und beim Klinikkonzern Gesundheit Nord, außerdem für gestiegene Sozialausgaben, die klimafreundliche Umrüstung der Stahlwerke sowie eine Anschubfinanzierung für den geplanten Ausbildungscampus Klimatechnik.

Vor dem Termin im Rathaus hatte FDP-Fraktionschef Thore Schäck die Christdemokraten davor gewarnt, sich vom Senat vor den Karren spannen zu lassen. Eine Lockerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung sei der falsche Weg.



FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Die CDU-Vertreter Frank Imhoff, Heiko Strohmann und Jens Eckhoff (von rechts) auf dem Weg zum Gespräch im Rathaus.